

BAD SAULGAU vor 20 Stunden

# Grünen-Fraktionschef verkündet Abschiebestopp: Berufstätige Asylbewerber dürfen vorerst bleiben

Der Fraktionsvorsitzende der Grünen im Landtag, Andreas Schwarz, hat bei einer Podiumsdiskussion in Bad Saulgau mit einer Aussage überrascht. Laut ihm hat sich die Landesregierung darauf geeinigt, vorerst keine berufstätigen Asylbewerber mehr abzuschieben.



Podiumsdiskussion der Unternehmerinitiative Bleiberecht in Bad Saulgau am 9. Januar 2020. | Bild: Mommsen, Kerstin

VON KERSTIN MOMMSEN

„Farce“, „Irrsinn“ oder „hirnverbrannte Politik, die das Volk nicht mehr versteht“: Das waren nur ein paar Aussagen, die sich Andreas Schwarz, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag und Raimund Haser, CDU-Landtagsabgeordneter aus Wangen, anhören mussten. Zweieinhalb Stunden lang stellten sie sich mit sichtlichem Unbehagen den Fragen von namhaften Firmenvertretern aus Baden-Württemberg. Die Unternehmerinitiative Bleiberecht hatte in Bad Saulgau zu einer Podiumsdiskussion eingeladen, um erneut auf den Missstand hinzuweisen, dass immer wieder gut integrierte Flüchtlinge von ihrer Arbeitsstelle abgeschoben werden. Am Ende stand eine überraschende Auskunft.

Andreas Schwarz, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag (Mitte) und Raimund Haser, CDU-Landtagsabgeordneter stellten sich den Fragen der Unternehmerinitiative Bleiberecht. Brauerei-Chef Gottfried Härle (links) moderierte die Podiumsdiskussion. | Bild: Mommsen, Kerstin

Denn Andreas Schwarz, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Landtag, verkündete eine neue Regelung, die die Koalition bereits am 12. Dezember 2019 beschlossen habe. „Wir haben vereinbart, dass wir in Baden-Württemberg eine Bundesratsinitiative starten, um auf Bundesebene die Gesetzgebung zu verändern. Wir haben uns dazu entschieden, bis zum Start dieser Initiative keine Abschiebungen von Menschen vorzunehmen, die arbeiten. Das heißt, dass wir das zuständige Regierungspräsidium anweisen, diese Fälle nach unten in den großen Stapel zu legen“, erklärte Schwarz. Er gab an, dass Innenminister Thomas Strobl dies zugesagt habe. Ein Ministeriumssprecher konnte dazu auf SÜDKURIER-Anfrage vorerst keine Informationen erteilen.

Video: Mommsen, Kerstin

### ► Unternehmer-Initiative

200 Unternehmen aus Baden-Württemberg, darunter Vaude oder die Brauerei Härle haben sich der [Unternehmerinitiative Bleiberecht](#) angeschlossen. Viele Firmen stellten während der Flüchtlingskrise Asylbewerber ein. Sie alle fordern nun von der Politik, diesen Menschen nun ein Bleiberecht zu gewähren.

Schwarz machte aber auch keinen Hehl daraus, dass ein weitergehendes Entgegenkommen nicht mehrheitsfähig gewesen sei. „Hätten die Grünen allein zu entscheiden, hätten wir eine Stichtagsregelung verabschiedet“, machte Schwarz deutlich. Also ein Beschluss, wonach abgelehnte Asylbewerber, die vor einem gewissen Stichtag ins Land kamen, bleiben dürfen, wenn sie einer geregelten Arbeit nachgehen. Genau damit würden die Forderungen der Unternehmer nämlich erfüllt.

Video: Mommsen, Kerstin

Gottfried Härle, Chef der Brauerei Härle und Moderator des Abends, begrüßte diese konkrete Ansage der Landesregierung. „Wir haben hier öffentlich das Wort der Politik bekommen, dass erst einmal nicht abgeschoben wird“, sagte er. Markus Winter, Geschäftsführer der IDS Holding, übte allerdings Kritik. „Vertrauen ist schön, aber wir brauchen eine Lösung. Springen Sie über Ihren Schatten, denn Sie sind für diese unsägliche Situation haftbar zu machen“, forderte er die Vertreter der Landesregierung auf.

Auch der Konstanzer Wirt Manfred Hölzl meldete sich zu Wort. „Die Politik scheint noch nicht von unseren Argumenten überzeugt zu sein.“ Er forderte Ministerpräsident Winfried Kretschmann dazu auf, sich endlich einmal zur Sache zu äußern. Er habe sich bis heute mit einem öffentlichen Statement zurückgehalten.

Der Konstanzer Konzilchef Manfred Hölzl (links), Raimund Kegel von der Handwerkskammer Konstanz (Mitte) und Antje von Dewitz, Vaude-Chefin, fordern die Politik dazu auf, Rechtssicherheit zu schaffen. | Bild: Mommsen, Kerstin

Anlass der Podiumsdiskussion war unter anderem der Fall Lukman Lawall. Er machte landesweit Schlagzeilen. Der Nigerianer, der drei Jahre lang im Konstanzer Konzil als zuverlässiger Mitarbeiter galt, wurde abgeschoben. Konzil-Chef Manfred Hölzl berichtete vor den rund 200 Gästen von dem Fall, der für ihn „schwer zu verkraften“ gewesen sei.

Antje von Dewitz, Geschäftsführerin des Bergsport-Ausrüsters Vaude, wurde daraufhin deutlich. Sie machte klar, dass es neben der menschlichen Seite auch einen nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Aspekt gäbe. „Wir reden hier von 200 Unternehmen aus Baden-Württemberg, die zusammen 55 Milliarden Euro Umsatz machen. Die Politik macht uns das Leben schwer“, so die Vaude-Chefin. Sie forderte Rechtssicherheit und Berechenbarkeit. Denn die derzeitige Situation sei nicht haltbar. „Wir Unternehmer wollen gestalten, wir sind engagiert, aber wir drehen uns im Kreis. Wir brauchen eine Lösung, die es uns erlaubt, den Wohlstand in unserem Land zu erhalten“, sagte sie mit deutlichen Worten und erntete dafür viel Applaus aus dem Publikum.

## Das könnte Sie auch interessieren

---

### ASYLRECHT

Heftiger Streit um umstrittene Abschiebefälle in der Region: Worum es geht und warum die Regierungsparteien sich gegenseitig attackieren

---

Wütend meldete sich Andreas Höschele, der in Biberach den Gasthof „Grüner Baum“ betreibt, zu Wort. „Es ist einfach eine Katastrophe, die hier passiert, das ist alles nur noch hirnverbrannt“, rief er den Politikern zu. „Es ist doch irre, dass Menschen, die sich hier bestens integriert haben, von heute auf morgen nicht mehr arbeiten dürfen und dann dem Sozialstaat auf der Tasche liegen oder abgeschoben werden“, echauffierte er sich lautstark, umrahmt von zustimmendem Applaus.

Video: Mommsen, Kerstin

Gottfried Härle, Chef der Brauerei Härle und Moderator des Abends, wandte sich spitz an den CDU-Mann Raimund Haser: „Ihre Parteifreundin, Kultusministerin Susanne Eisenmann, hat sich in einem Interview für ein Bleiberecht ausgesprochen. Wo liegt eigentlich das Problem? Wir verstehen die CDU langsam nicht mehr, denn es wäre juristisch möglich, Ermessungsduldungen auszusprechen.“

Gut gefüllt war der Saal im Bad Saulgauer Stadtforum. | Bild: Mommsen, Kerstin

Raimund Haser hatte sichtlich Mühe, die derzeitige Haltung der CDU und von Innenminister Thomas Strobl (CDU) plausibel zu machen. „Natürlich sind manche Einzelfälle schwer zu begreifen. Aber Flüchtlingspolitik ist eben Bundessache – wir als Land können da keine Alleingänge machen“, versuchte er sich zu erklären. Für seine Bemerkung „Wir können nicht barmherzig sein und gleichzeitig ein gerechtes System schaffen“ erntete er Spott aus dem Publikum.

## Das könnte Sie auch interessieren

### TETTANG

Asylpolitik: Warum ein Mann vom Steuerzahler zum Sozialfall wird

Haser nahm einen weiteren Anlauf, die Position der CDU zu erklären. „Wenn Sie wollen, dass die Flüchtlinge, die Arbeit haben, bleiben dürfen, dann könnte letztendlich jeder, der es nach Deutschland schafft, hier bleiben, wenn er arbeitet“, erklärte Haser. Dem entgegnete Antje von Dewitz scharf: „Wir haben nie gefordert, das Asylrecht abzuschaffen. Es geht um die, die schon integriert worden sind und für die braucht es eine Lösung.“

Video: Mommsen, Kerstin

## Das könnte Sie auch interessieren

---

### MEINUNG

*Asylpolitik: Sind wir denn in Absurdistan?*

VON KERSTIN MOMMSEN

---

Manfred Hölzl, Chef des Konstanzer Konzils, verlor einen langjährigen Mitarbeiter, weil er abgeschoben wurde. | Bild: Mommsen, Kerstin

---